

Benedikt Widmaier,
Oliver Emde, Andrea
Szukala, Alexander
Wohnig (Hg.)

Politische Bildung in Zeiten autoritärer Versuchungen

Feuerwehr – Polizeipatrouille – Deradikalisierung

LESEPROBE

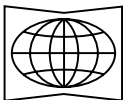


**WOCHEN
SCHAU**
WISSENSCHAFT

Benedikt Widmaier, Oliver Emde, Andrea Szukala,
Alexander Wohnig (Hg.)

Politische Bildung in Zeiten autoritärer Versuchungen

Feuerwehr – Polizeipatrouille – Deradikalisierung



**WOCHEN
SCHAU**
WISSENSCHAFT

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© WOCHENSCHAU Verlag, Frankfurt/M. 2026

Dr. Kurt Debus GmbH, Eschborner Landstr. 42–50, 60489 Frankfurt am Main

info@wochenschau-verlag.de

www.wochenschau-verlag.de

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil dieses Buches darf in irgendeiner Form (Druck, Fotokopie oder einem anderen Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet werden.

Die automatisierte Analyse des Werkes, um daraus Informationen insbesondere über Muster, Trends und Korrelationen gemäß § 44b UrhG („Text und Data Mining“) zu gewinnen, ist untersagt.

Umschlaggestaltung: Ohl Design

Gesamtherstellung: Wochenschau Verlag

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier

Print-ISBN 978-3-7344-1805-1

PDF-ISBN 978-3-7566-1805-7

ISSN 2749-7003

eISSN 2749-7011

<https://doi.org/10.46499/2618>

Inhalt

BENEDIKT WIDMAIER, OLIVER EMDE, ANDREA SZUKALA, ALEXANDER WOHNIG

Politische Bildung und autoritäre Versuchungen. Die DVPB feiert ihr 60-jähriges Bestehen in schwierigen Zeiten	5
--	---

I. Krise der Demokratie und Politische Bildung

SABINE ACHOUR

Krise der Demokratie – Krise der Politischen Bildung?	21
---	----

INGOLFUR BLÜHDORN

Sind die grundlegenden Werte der politischen Bildung unhaltbar? Ingolfur Blühdorn im Gespräch mit Benedikt Widmaier und Alexander Wohnig.	33
--	----

ANDREA SZUKALA, ALEXANDER WOHNIG

Übersteuerte politische Bildung? Handlungslogiken der politischen Steuerung von politischer Bildung und Extremismusprävention	42
--	----

CHRISTIAN MÜHLEIS

Von der Reaktion zur Kuration. Politische Bildung unter polarisierten Ungewissheitsbedingungen.	56
---	----

II. Extremismusprävention und Politische Bildung

GEORG LAUSS

Wehrhafte Demokratie in der Schule!? Kontrovers diskutieren über Grenzen staatlicher Toleranz im liberalen Rechtsstaat.	73
---	----

NILS ZIMMER

Gefährdete Freiräume. Widerständige Jugendkultur im Spannungsfeld rechter Hegemonie(n)	88
--	----

BRIAN MIEHLE

Politisierung eines Großvorhabens der politischen Bildung. Das Scheitern des Demokratiefördergesetzes	101
--	-----

NILS ZENKER, GUDRUN HEINRICH

Radikalisierungsprävention im Sozialraum Schule. Untersuchung zur Passung von Unterstützungsangeboten in Mecklenburg-Vorpommern	114
---	-----

DOMINIK FELDMANN

Musik für die innere Sicherheit? Demokratiebildung in der Musikpädagogik	129
---	-----

SASCHA REGIER

Demokratie, auch in der Arbeitswelt? Kritische Demokratiebildung gegen autoritäre Versuchungen	140
---	-----

III. Gaza-Krieg und Antisemitismus

KONSTANTIN ROSENBERGER

Der 7. Oktober 2023 und dessen Folgen. Präkonzepte von Schüler:innen im Unterricht ersetzen, verändern, ergänzen?	157
--	-----

PHILIPP MITTNIK

Der Krieg in Gaza. Herausforderung für das Klassenzimmer zwischen Kritik und Antisemitismus	168
--	-----

Autor*innen	180
-------------------	-----



**WOCHEN
SCHAU
VERLAG**

... ein Begriff für politische Bildung

SCHRIFTENREIHE DER DVPB



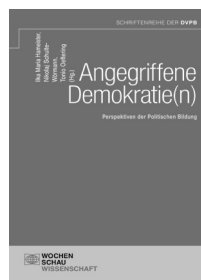
Digitale Souveränität und politische Bildung

Welche Bedeutung hat „digitale Souveränität“ in einer zunehmend digitalen Welt? Dieser Frage geht der aus der Herbsttagung 2022 der DVPB hervorgegangene Band nach. So leisten die Autor*innen im ersten Teil des Bandes Begriffsbestimmungen, um Anknüpfungs- aber auch Reibungspunkte für die politische Bildung zu evaluieren. Im zweiten Teil des Bandes werden Politik und Bildungspolitik und ihre Verantwortung für Digitalisierung in Schulen und Unterricht in den Blick genommen. Im dritten Teil des Bandes werden bildungspraktische Fragen und Beispiele in den Blick genommen. Durch die vorgestellten Ideen und Denkanstöße können sich auch Bildungspraktiker*innen für die eigene Arbeit inspirieren lassen.

hrsg. von Matthias Heil, Martin Lindeboom,
Viktoria Rieber, Kim Luisa Werner und Alexander Wohnig
„Schriftenreihe der DVPB“

ISBN 978-3-7344-1649-1, 184 S., € 24,90

PDF: ISBN 978-3-7566-1649-7, € 23,99



ISBN 978-3-7344-1555-5



ISBN 978-3-7344-1352-0



ISBN 978-3-89974833-8

Alle Titel
der Reihe im
Webshop -
auch als PDF.



www.wochenschau-verlag.de

Krise der Demokratie – Krise der Politischen Bildung?*

1. Einleitung

Wahlerfolge rechter Parteien bei den Bundes-, Landtags- und Europawahlen seit den Jahren 2024 und 2025, gesellschaftlicher Rechtsruck, Rassismus und Antisemitismus lassen Fragen folgender Art vernehmen: Haben wir eine Krise der Demokratie? Haben wir eine Krise der politischen Bildung? Oder hat die politische Bildung gar versagt? (Achour/Gill 2024; Weidner 2024). Der folgende Beitrag geht einerseits Krisenaspekten der Demokratie nach. Dafür greift er auf Ergebnisse der Mitte-Studie 2022/23 (Zick u. a. 2023) zurück, an welcher die Autorin mitgewirkt hat. Anhand der Ergebnisse lässt sich eine Momentaufnahme der politischen Kultur auf Einstellungsebene umreißen, welche sich auch auf der Verhaltensebene in den letzten Bundestags-, Landtags- und Europawahlen, und ebenfalls an der Zunahme antisemitischer und rassistischer Gewalt zeigt (BMI 2024).

Andererseits vertritt der Beitrag die These, dass die Vorwürfe gegenüber der politischen Bildung, möglicherweise sogar Verursacherin der Krisenhaftigkeit von Demokratie zu sein, v. a. auf Fehlverständnissen beruht, was politische Bildung eigentlich ist, sowie sich aus Spannungsfeldern ergibt, in denen sich die politische Bildung befindet.

Vier Schwerpunkte werden im Folgenden betrachtet: 1. Trotz des Anstiegs rechtsorientierter Einstellungen darf politische Bildung nicht auf Extremismusprävention reduziert werden. 2. Politische Bildung muss als kontinuierliche Aufgabe verstanden werden, als Interventionsmaßnahme in Krisensituationen kann sie nicht wirken. 3. Gefühle politischer Machtlosigkeit und mangelnder

* Der Beitrag greift zurück auf folgende bereits vorliegende Texte: Sabine Achour (2025): Rechtsruck, Rassismus, Antisemitismus. Welche politische Bildung brauchen wir heute?, in: Gill/Stapf-Finé/Wallentin 2025, S. 205–218. Er greift außerdem zentrale Schlussfolgerungen für die politische Bildung aus meinem Beitrag in der Mitte-Studie 2022/23 auf: Sabine Achour (2023): Politische Bildung für eine (nicht) distanzierte Mitte, in: Zick/Küpper/Mokros 2023, S. 355–376.

Selbstwirksamkeit, Unsicherheiten durch Krisen sowie Ängste vor sozialem Abstieg in der neoliberalen Leistungsgesellschaft nehmen zu. Um möglichst viele Menschen zu erreichen, bedarf es vermehrt aufsuchender, sozialräumlicher und barrierearmer politischer Bildung anstatt klassischer Formate. 4. Einsamkeit kann mit demokratie- und menschenfeindlichen Einstellungen einhergehen. Für viele Betroffene sind Schule, Arbeit und Ausbildungsplätze oft „Unwohlorte“. Politische Bildung kann durch die Demokratisierung ihrer Strukturen auf solche Zusammenhänge konstruktiv Einfluss nehmen.

2. „Rechtsruck“ trotz Demokratieförderprogrammen

Politische Bildung ist keine Extremismusprävention

Die Mitte-Studie 2022/23 zeigt einen Rechtsruck unter den Teilnehmenden der Befragung. Zugleich sinkt die Zustimmung zur uneingeschränkten Würde und Gleichheit aller als oberstes Ziel in einer Demokratie. Mit 57 % steht zwar immer noch eine Mehrheit der Befragten in Deutschland hinter der Demokratie, aber diese Mehrheit bröckelt: In der Mitte-Studie 2018/19 waren es noch 65 % der Befragten (Küpper u. a. 2023). Zunehmende Zustimmung erfahren rechte und menschenfeindliche Aussagen sowie Verschwörungsglauben. Doppelt so viele Befragte wie 2020/21 teilen 2022/23 rechtsextreme Einstellungen (Zick u. a. 2023). Größer geworden ist auch der sogenannte Graubereich. Dabei handelt es sich um Befragte, die rechte und menschenfeindliche Aussagen nicht eindeutig ablehnen, sondern „teils-teils“ zustimmen. Darüber hinaus wird die AfD zunehmend als „normale Partei“ eingeordnet. Während die Partei 2020/21 von 13 % als „normal“ bewertet wurde, sind es 2022/23 fast ein Viertel (23 %). Weder die Gewaltaffinität noch die geschichtsrevisionistischen Äußerungen der Partei scheinen dem Abbruch zu tun, auch nicht die Tatsache, dass die – mittlerweile aufgelöste – Junge Alternative zum Zeitpunkt der Befragung als Verdachtsfall eingeordnet war. Der attestierte Rechtsruck zeigt sich nicht zuletzt darin, dass sich weniger Befragte in der politischen Mitte positionieren. Bisher standen eine höhere Bildung sowie ein höherer sozioökonomischer Status im Zusammenhang mit der Ablehnung rechter Aussagen. In der Mitte-Studie 2022/23 finden sich nun auch vermehrt Befragte mit mittlerem Bildungsniveau, die eine Diktatur befürworten, feindselig gegen andere sind, sozialdarwinistischen Aussagen zustimmen und den Nationalsozialismus verharmlosen (Zick/Mokros 2023).

2.1 Warum nehmen rechte Einstellungen bei jungen Befragten zu?

Dass auch junge Menschen rechte Einstellungen teilen und/oder rechten Parteien ihre Stimme geben, zeigten die letzten Bundestags-, Europa- und Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg in den Jahren 2024/25. Diese Entwicklung zeichnete sich in den Ergebnissen der Mitte-Studie 2022/23 schon im Vorfeld ab, auch wenn keine Jugendlichen unter 18 Jahren befragt wurden, wie es bspw. in der Shell Jugendstudie der Fall ist, die diesen Trend ebenfalls abbildete (Albert/Schneekloth 2024). Personen im frühen Erwachsenenalter (18–34 Jahre) teilen mit 12 % am häufigsten ein rechtsextremes Weltbild (35–64 Jahre: 8 %; ab 65 Jahre: 4 %). Sie stimmen besonders der Verharmlosung des Nationalsozialismus, dem Antisemitismus und dem Sozialdarwinismus zu. Das trifft für die jüngste Altersgruppe auch auf alle Abwertungsdimensionen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zu (Mokros/Zick 2023a).

Da die extremismuspräventiven Demokratieförderprogramme v. a. auf junge Menschen abzielen, erscheinen diese Ergebnisse – bei oberflächlicher Betrachtung – irritierend. Dem ist zu entgegnen, dass Jugendliche für eine gesellschaftliche Entwicklung, die Erwachsene ihnen vorleben, oft (stärker) verurteilt werden. Kinder und Jugendliche sind aber ein Spiegel unserer Gesellschaft. Sie sind politisch sozialisiert in einer Zeit des zunehmenden Hasses, Rassismus und Antisemitismus.

Politische Akteure wie Parteien, Politiker:innen, Medien, Verbände verschiedener Art haben Diskursverschiebungen nach rechts im analogen und digitalen Raum oft nicht nur nichts entgegengesetzt, sondern solche Verschiebungen häufig sogar mitgetragen. Der digitale Raum ist zu einem wirkmächtigen politischen Sozialisationsagenten geworden. Wie Analysen zeigen, war die AfD während der Europawahlen dreimal so häufig auf TikTok präsent wie alle demokratischen Parteien zusammen. Bildungsangebote müssen sich entlang einer Critical Digital Literacy neu erfinden, wenn sie dem kontrovers und kritisch glaubhaft begegnen wollen und demokratische Positionen nicht als Minderheitenmeinungen wahrgenommen werden sollen.

2.2 Demokratieförderprogramme und rechte Einstellungen: Selbsterfüllende Prophezeiung?

Politische Bildung ist keine Extremismusprävention (Achour 2023). Gegen ein solches Fehlverständnis wehrt sich die politische Bildung seit geraumer Zeit. Sie zeigt sich skeptisch bezüglich der Perspektive auf junge Menschen, welche den extremismuspräventiven Demokratieförderprogrammen zugrunde liegt: Jugendliche und Erwachsene scheinen als „potenzielle Demokratie-Gefährder:innen“

mit abweichenden Einstellungen und Verhaltensweisen gelabelt zu werden (Gill/Achour 2019; DVPB 2023). Die politische Bildung wird in einem Atemzug mit Sicherheitspolitik und Strafverfolgung genannt, so dass sich „polizeiliche und pädagogische Handlungslogiken“ (DVPB 2023) vermischen. Dies zeigte sich bspw. im Kontext der rechten Vorfälle an Brandenburger Schulen 2023: „Prävention und Härte sind Kern unserer Strategie zur Bekämpfung von Extremismus. Dazu gehören als die „entscheidenden Instrumente [...] gut ausgestattete Sicherheitsbehörden, eine konsequente Strafverfolgung, politische Bildung und eine starke Zivilgesellschaft“, so die damalige Bundesinnenministerin Nancy Faeser bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichts 2022 (Schönborn 2023).

Die Logiken der „Extremismusprävention“ sind dabei selbst häufig anchlussfähig an autoritäre und fundamentalistische Politikangebote. Denn der Ordnungsaspekt von Politik rückt in den Vordergrund. Das Ziel der Sicherheit verdrängt demokratische Gestaltungsmöglichkeiten (Gill/Achour 2019). Dass solche autoritären Einstellungen einem demokratischen Miteinander diametral entgegenstehen, legen die Ergebnisse der Mitte-Studie 2022/23 nahe: Autoritäres Denken begünstigt rassistische Einstellungen. Menschen, die durch Krisen verunsichert sind, zeigen sich nicht nur offener für höhere Sicherheitsangebote, sondern stimmen auch menschenfeindlichen Einstellungen fast doppelt so oft (57 %) zu, wie Personen, die sich nicht verunsichert zeigen (32 %) (Mokros/Zick 2023a).

Mit der Fokussierung auf (vermeintlich) abweichende Einstellungen und Verhaltensweisen schließen wir eher die Augen vor den tatsächlichen sozialen und gesellschaftlichen Problemen. Soziale Ungleichheiten, Rassismus, Teilhabebarrrieren, schlechte Ausstattungen in Schulen, Jugendarbeit, Gesundheits-, Verkehrswesen und auf dem Wohnungsmarkt werden in Krisenzeiten sichtbarer und verstärken sich als soziale Probleme häufig. Diese gesellschaftlichen Strukturen und Verhältnisse bringen Ungleichheiten hervor, für die es politischer Lösungen bedarf. Anstatt mit diesen Problemanzeigen aber die Politik zu adressieren, werden soziale Probleme gerne individualisiert. Jugendliche und junge Erwachsene, die diesbezüglich Frust, Ängste und auch demokratiskeptische Einstellungen entwickeln, geraten in den Fokus.

Dabei könnten gerade die Sorgen und Verunsicherungen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen Zugänge zu Politik und Politiker:innen mit sich bringen. Junge Menschen benennen diese Sorgen deutlich: z.B. Inflation, teuren Wohnraum, Altersarmut (Schnetzer u. a. 2024). Zugleich scheint sich mit Blick auf solche Sorgen auch ein sozialer Bias abzuzeichnen: Berichten die weniger Privilegierten von ihren Sorgen bezüglich der eigenen Existenz, nennen

die anderen vor allem Hass und Hetze sowie Klimakrise als vorrangige Themen (Achour u. a. 2025). Viele Jugendliche fühlen sich durch gesellschaftliche Entwicklungen nicht nur psychisch belastet und einsam, sondern fühlen sich von der Politik auch nicht gesehen (Schnetzer u. a. 2024) und ihre Interessen kaum berücksichtigt. Exemplarisch spiegelt sich das darin wider, wenn ihnen das Wahlrecht ab 16 oder Klimaschutzforderungen mit Verweis auf mangelnde Kompetenz verwehrt werden.

Es kann nur an Politik appelliert werden, dies als Handlungsaufträge zu lesen, statt Jugendliche als Objekte staatlicher Maßnahmen zu adressieren, um Extremismen vermeintlich abzuwehren. So hat auch die politische Bildung als professionelles Handlungsfeld in erster Linie die Aufgabe, junge Menschen für die (Zukunfts-)Gestaltung von Demokratie zu gewinnen und die dafür notwendigen Fähigkeiten zu fördern. Tatsächliche Demokratie- und Menschenfeinde können kaum für politische Bildungsangebote und demokratische Diskurse gewonnen werden. Oft sind sie eher Bystander bei rechten und menschenfeindlichen Vorfällen. Anstatt das Wort zu erheben, applaudieren sie möglicherweise oder reihen sich in verbale sowie körperliche Gewalt ein. Unterstützt und vor Angriffen sowie Gewalt geschützt werden müssen diejenigen, die sich für Demokratie einsetzen und Haltung zeigen. Das ist die vordergründige Aufgabe von Politik und Sicherheitsbehörden, nicht die Verdächtigung von Demokrat:innen und Jugendlichen.

Für diese Demokratietarbeit benötigt die politische Bildung öffentliche Förderung.

2.3 Aufgabe politischer Akteur:innen: Mehr demokratische Kante gegen rechte Normalisierung

Statt Diskursverschiebungen mitzutragen, sollten politische Akteur:innen demokratische Vorbilder sein und Grenzen zu Diskriminierung, rechten Narrativen und Demokratiefeindlichkeit ziehen. Sie müssen sich selbst als politische Bildner:innen begreifen, wie es in Art. 21 des Grundgesetzes als Verfassungsauftrag formuliert wird.

Der Wahlkampf zur Bundestagswahl 2025 hat erneut gezeigt, dass vom Aufgreifen menschenfeindlicher Positionen nur die Rechten profitieren. Zugleich tragen aber Politiker:innen, Parteien und Medien damit zur Normalisierung extrem rechter Positionen bei. Demokratieförderung beginnt bei der Selbstreflexion politischer Akteur:innen.

Wo werden von rechts besetzte Themen in der etablierten Politik reproduziert? Welche Anschlussstellen an rechte Narrative sollten gekappt werden

und wann muss deutlich demokratische Kante – auch mit Hilfe des Rechtsstaats – gezeigt werden? Politiker:innen als Galgenmännchen, Davidsterne mit „ungeimpft“-Schriftzug, zunehmender Sexismus und Gewalt gegen Politiker:innen sind keine Meinungen, es sind Menschenrechtsverletzungen oder gar Straftatbestände. Politisch Gebildete wissen, dass antidemokratische, menschenfeindliche, verschwörungsideologische Meinungen nicht als gleichberechtigt stehenbleiben können – auch wenn das von rechts vehement mit Verweisen auf vermeintliche Neutralität und Instrumentalisierung des politikdidaktischen Kontroversitätsgebots des Beutelsbacher Konsenses versucht wird. Die Gefahr, dass „rechts die neue Mitte ist“ (Küpper u. a. 2023), muss auch Politik in Alarmbereitschaft versetzen. Diese Entwicklung macht es für alle politisch Bildenden, eben auch für Parteien und Medien, unmöglich, Demokratiedistanz und Menschenfeindlichkeit als solche bei denen zu demaskieren, die sich selbst für Demokrat:innen halten oder ausgeben.

3. Politische Bildung als Daueraufgabe – nicht als Interventionsmaßnahme in Krisen

Die aktuelle Polykrise geht vermehrt mit Gefühlen politischer Machtlosigkeit und Verunsicherungen einher.

Bei den in der Mitte-Studie befragten Bürger:innen ist das Gefühl politischer Machtlosigkeit von 30 % in der Befragung von 2018/19 auf 39 % in der Studie 2022/23 gestiegen. Politische Ohnmacht und Verunsicherungen können für antidemokratische Positionen (Küpper u. a. 2023) öffnen und mit einer zunehmenden Bereitschaft einhergehen, z. B. die AfD zu wählen. In der Mitte-Studie 2022/23 fühlt sich knapp die Hälfte der Befragten (44 %) durch Krisen verunsichert, ein weiteres Drittel (34 %) zeigt sich ambivalent, also in Teilen verunsichert (Zick/Sandal-Önal 2023). Von sozio-ökonomischer Ungleichheit Betroffene fühlen sich besonders stark oder sehr stark von Krisen betroffen: persönlich (48 %), Menschen wie sie (57 %) und besonders das Land (62 %).

Rechte Gruppierungen greifen diese Betroffenheiten geschickt auf, dramatisieren entweder oder suggerieren Lösungen, die nicht auf gesellschaftlicher Solidarität, sondern v. a. auf Ausschluss und Abschottung beruhen. Dies zeigt sich bei Themen wie Flucht und Migration, Frieden, Klimakrise. Als „Krisenverursacher“ werden kosmopolitische, vermeintlich korrupte Eliten und Migrant:innen stilisiert. Sicherheit und Ordnung werden auf Kosten von konstruierten „Anderen“ versprochen (ebd.).

All das verdeutlicht, dass politische Bildung nicht als kurzfristiges Interventions- und Präventionsprogramm angelegt sein kann, sondern als gesellschaftliche Daueraufgabe implementiert sein muss. Diesem Verständnis folgte auch die damalige Bundesregierung in Anlehnung an die Berichtskommission des 16. Kinder- und Jugendberichts: „Es geht um die Pflege einer nachhaltigen demokratischen Diskussions- und Entscheidungskultur unabhängig von politischen Entwicklungen“ (BMFSFJ 2020: 13).

Insbesondere die hohe Betroffenheit durch die Polykrise zeigt, dass es (bildungs)politisch unzureichend ist, lediglich Jugendliche zu adressieren, wie es bspw. die Demokratieförderprogramme tun. Vor Verunsicherung und politischer Machtlosigkeit schützt Alter und Erwachsenenesein nicht. Soll das Vertrauen in die Demokratie gestärkt werden, müssen Menschen mit ihren Sorgen, Bedarfen und Interessenslagen ernst genommen und in ihrer politischen Selbstwirksamkeit gefördert werden. Dies trifft auf Politik wie auf politische Bildung zu. Politische Bildung kann hier allerdings kaum auf klassische Formate setzen, sondern muss selbst mit sozialräumlichen und aufsuchenden Settings auf neue Adressat:innen zugehen (vgl. auch unten Teil 3). Damit sie aber spontan auf gesellschaftliche Verhältnisse, Konflikte, Krisen, Ängste und Unsicherheiten reagieren kann, noch bevor diese zu einer gesellschaftlichen Problemlage eskalieren (DVPB 2023: 3), muss politische Bildung frei sein von staatlicher inhaltlicher Steuerung und Regulierung. Sie benötigt (auch finanziell) verlässliche Strukturen. Schließlich ist eine auf Dauer angelegte politische Bildung ganz von selbst Begleiterin in Krisen. Eine an zeitgemäßen Themen orientierte politische Bildung muss nicht erst geschaffen oder konzipiert werden.

Einerseits sind Krisen die neue Normalität (Besand 2024), andererseits werden in Demokratien immer Konflikte verhandelt. Beide – Krisen und Konflikte – sind für die politische Bildung natürliche Bestandteile ihrer Angebote: Sie sucht das demokratische und auch solidarische Potenzial, um den Teilnehmenden in Aushandlungsprozessen Strategien aufzuzeigen, um Krisen und Konflikte zu bewältigen. Demokratie ist nur dann stabil, wenn solidarische Lösungen und gesellschaftliche Gestaltung jenseits von Abwertungen und Ausschlüssen anderer Gruppen verfolgt werden. Nicht Verhinderung von Demokratie und Disziplinierung hinsichtlich antizipierter Bedrohungen, sondern mehr (konstruktive) Demokratie wären notwendig.

4. Aufsuchende Bildungsarbeit: „Politische Bildung muss sich auf den Weg machen“

Die Bedeutung aufsuchender und sozialräumlicher Angebote der politischen Erwachsenenbildung wächst, da traditionelle Formate wie Vorträge oft eher die bereits an politischer Bildung interessierten Personen ansprechen. Politische Bildung muss daher aktiv jene erreichen, die bisher nicht zu erreichen waren oder nicht erreicht werden wollten. Sie muss als Infrastruktur in einer vertrauten Umgebung, in Wohnvierteln, Stadtteilen angelegt sein. Themen und Inhalte dürfen dabei nicht top down vorgegeben werden, sondern greifen Alltagsbedürfnisse, Interessen und Sorgen auf. Gemeinsam werden mögliche Lösungen entwickelt und demokratisch verhandelt. So können auch Unsichere oder Überforderte, die bisher kein Gehör fanden, mitgestalten und Selbstwirksamkeit erfahren (Mavroudis 2023; Hannemann u. a. 2023). Niedrigschwellige Begegnungsräume politischer Bildung stärken soziale Bindungen, Konfliktfähigkeit und Diversitätserfahrungen. All das sind Grundlagen für demokratische Aushandlungsprozesse. Fehlen solche Anlässe und Orte, wächst die Gefahr von Misstrauen, Vereinsamung und Isolation.

4.1 Fremd- und Selbstausschlüsse: Abbau von Barrieren

Nicht teilzunehmen oder teilnehmen zu können, hängt oft mit mangelnden Ressourcen zusammen. Das können fehlende Zeit, mangelnde (Sprach-)Fähigkeiten, ungenügende finanzielle Mittel oder aktuelle emotionale Belastung sein. Aufsuchende politische Bildung hat in diesem Fall die Aufgabe, entsprechende Barrieren zu reduzieren. Möglichkeiten können dabei Kinderbetreuung, Lernhilfen, Sprachvermittlung oder ermutigende Räume und Empowerment sein. Zu reflektieren ist darüber hinaus, dass „Regeln der politischen Kultur“ oder die Bildungssprache selbst Fremd- und später Selbstausschlüsse nach sich ziehen können (Bremer/Kleemann-Göhring 2001). Diese Regeln haben Einfluss auf das Feld der Politik: Beherrscht man sie, existiert häufig eine größere Passung mit Mandatsträger:innen in der Kommunikation, im Auftreten, ihren Werten und ihrem (bildungsbürgerlichem) Habitus (Bourdieu 2001). Dies erklärt auch, warum bestimmte Gruppen in Politik und Gesellschaft sichtbarer sind und wesentlichen Anliegen als wichtig gelten. Es stellt allerdings die Legitimität von Demokratie vehement in Frage, wenn, jenseits dieser Passung, andere Interessen wenig Berücksichtigung finden.

Daher sollte aufsuchender und kritischer politischer Bildung in unserem Sinne ein breites Partizipationsverständnis zugrunde liegen. Partizipation ist nicht

reduziert auf institutionalisierte Formate wie Sitzungen oder Runde Tische, vielmehr findet sie stets in (konflikthaften) Aushandlungen zwischen Menschen mit unterschiedlichen Bedürfnissen statt, welche durch je eigene biografische und lebensweltliche Erfahrungen geprägt sind (von Schwanenflügel 2022).

Oft ist es Menschen nicht direkt bewusst, dass ihr Anliegen *politisch* ist, weil das Politische noch nicht spezifiziert wurde. Oder sie nehmen ihren Wunsch zu handeln nicht als partizipativ wahr, weil es auf den ersten Blick nicht in klassischen Formaten von Partizipation verläuft. Politische Bildung hat die Aufgabe, dies zu reflektieren und konstruktiv zu unterstützen. Auch die Perspektive auf Jugendpartizipation ist häufig adultistisch geprägt. So werden diejenigen gehört, die sich besonders gut an die Regeln und die Sprache der Erwachsenenpolitik anpassen: rhetorisch eloquent reden, ruhig sein, nur dann reden, wenn man gefragt wird, lange sitzen können. Es lohnt sich für die aufsuchende politische Bildungsarbeit aber, auch Proteste gegen Regeln, Verbote oder scheinbare Provokationen als (Versuche von) Einmischung, Teilhabe und Positionierung zu verstehen: Graffiti auf „ihren“ Parkbänken, die abgebaut werden sollen, Ablehnung von Kleidungsvorschriften in Ausbildungsbetrieben und Schulen, Wut von migrantisch gelesenen Jugendlichen gegen wiederholte Kontrollen durch Ordnungskräfte (ebd.). Gerade aufsuchende und sozialräumliche politische Bildung mit Kindern und Jugendlichen sollte dies reflektieren sowie konstruktive Teilhabemöglichkeiten zur Interessensdurchsetzung diskutieren und entwickeln.

4.2 Hass und Demokratiedistanz in der neoliberalen Leistungsgesellschaft: Mehr (kapitalismus-)kritische politische Bildung

Krisensituationen gehen häufig mit Ängsten vor sozialem Abstieg einher. Umso relevanter ist es, die Menschen zu erreichen, bevor sie von den Strategien rechtspopulistischer Akteure vereinnahmt werden. Das neoliberale Leistungsversprechen, das Freiheit, Selbstverwirklichung und wachsenden Wohlstand für alle versprach, die sich entsprechend angemessen bemühen, zeigt zunehmend Risse (Amlinger/Nachtwey 2022). Während der Pandemie wurden die Folgen neoliberaler Sparmaßnahmen deutlich: Privatisierungen öffentlicher Güter, die Flexibilisierung und Prekarisierung von Arbeit schwächten die soziale Infrastruktur, so dass etwa Gesundheits- und Bildungsleistungen nicht mehr flächendeckend für alle verfügbar sind. Besonders jene, die sich stark mit neoliberalen Idealen identifizierten, nun aber Krisen erleben (20 % der Befragten), neigen zu abwertenden Haltungen (Groß u. a. 2023). Trotz eigener Misserfolge im neoliberalen System wandelt sich ihre Enttäuschung nicht in konstruktive Kritik oder politischen Widerstand (Amlinger/Nachtwey 2022). Stattdessen äußert

sich ihre Wut und Aggression in demokratiskeptischer und populistischer Weise und richtet sich gegen vulnerable Gruppen wie Geflüchtete, Arme oder Arbeitslose (Küpper u. a. 2023).

Laut der Mitte-Studie 2022/23 empfindet etwa ein Viertel der Befragten ihren Arbeits- oder Ausbildungsplatz (teilweise) als Unwohlort, bei Einsamen sind es über 36 %. Mit einer kritischen Perspektive auf (oft mangelnde) demokratische Kultur in Schule, Arbeits- und Ausbildungsplatz soll hier die These aufgestellt werden, dass politische Bildung mit der Förderung von Demokratisierung dieser Räume einen Beitrag leisten könnte, Gefühlen von Einsamkeit und „Unwohlsein“ zu begegnen. Studien zeigen positive Effekte von Mitbestimmung, Mitgestaltung und Solidarität auf demokratische Einstellungen und Ablehnung von Menschenfeindlichkeit – etwa in der Arbeitswelt (industrial citizenship; vgl. Kiess/Schmidt 2020) oder Schulen (Achour 2024; Achour u. a. 2025). Weitere Räume, für die auch eine stärkere Demokratisierung in Form von Mitbestimmung, Mitgestaltung, Diskriminierungsfreiheit wünschenswert wären, sind Kitas, Berufsausbildung, Universitäten, Verwaltung, Jugend- und Sport-Vereine und ihre Verbände oder auch die Soziale Arbeit. Für den ländlichen Raum können Feuerwehr, Kirchen, Kinder- und Jugendtreffs bedeutsame Organisationen sein, die politische Bildungsarbeit hinsichtlich Demokratieerfahrungen integrieren können (vgl. dazu und zur Bedeutung des Raumkonzepts BMFSFJ 2020).

Folgerichtig sollten aber auch die dort beschäftigten Pädagog:innen, Erzieher:innen, Verwaltungsmitarbeiter:innen, Dozent:innen, Ausbilder:innen, Trainer:innen, Lehrer:innen und Sozialarbeiter:innen sich als politische Bildner:innen verstehen müssen. Das erfordert, dass sie in Aus- und Weiterbildung dahingehend professionalisiert werden.

Die Relevanz einer solchen demokratisierenden Stärkung gegen Menschenfeindlichkeit zeigt sich vor dem Hintergrund, dass (Berufs-)Schulen (Behrens u. a. 2021; MBR 2021), Universität, Vereine, Soziale Arbeit (Leidinger/Radvan 2021) und ähnliche Räume vermehrt antidemokratisch angegriffen und unterwandert werden. Der organisierte Rechtsextremismus eignet sich mit einer solchen Angstarbeit nicht nur gezielt öffentliche Räume an (Helal 2022). Er stellt sich selber als „Anbieter politischer Bildung“ im vopolitischen Raum auf und hat strategisch deren Handlungsweisen übernommen, indem er sozialräumlich, aufsuchend und lebensweltlich agiert.

Literatur

- ACHOUR**, Sabine, Höppner, Anja, Bedersdorfer, Joanna, Girnus, Luisa, Schmidt, Jonas (2025): Studie zur politischen Bildung und Demokratiebildung an Berliner Schulen, Bonn.
- ACHOUR**, Sabine (2023): Politische Bildung für eine (nicht) distanzierte Mitte, in: Zick/Küpper u. a. (Hg.), S. 355-376.
- AMLINGER**, Carolin, Nachtwey, Oliver (2022): Gekränkte Freiheit. Aspekte eines libertären Autoritarismus, Berlin.
- BEHRENS**, Rico, Besand, Anja, Breuer, Stefan (2021): Politische Bildung in reaktionären Zeiten. Plädoyer für eine standhafte Schule, Frankfurt/M.
- BESAND**, Anja (2024): Lässt sich aus Krisen lernen? Über Apokalypseblindheit und kollaterales Lernen in der politischen Bildung, in: Polis – Report der DVPB, Heft 1/2024, S. 18-21.
- BREMER**, Helmut, Kleemann-Göhring, Mark (2010): „Defizit“ oder „Benachteiligung“. Zur Dialektik von Selbst- und Fremdausschließung in der politischen Erwachsenenbildung und zur Wirkung symbolischer Herrschaft, in: Christine Zeuner (Hg.), Demokratie und Partizipation – Beiträge der Erwachsenenbildung, Hamburg, S. 12-28.
- BOURDIEU**, Pierre (2001): Das politische Feld. Zur Kritik der politischen Vernunft, Konstanz.
- BUNDESINNENMINISTERIUM** (2024): Bundesweite Fallzahlen 2023 Politisch motivierte Kriminalität, online unter: https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/nachrichten/2024/pmk2023-factsheets.pdf?__blob=publicationFile&cv=2 (Zugriff: 03.09.2025).
- BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND (BMFSFJ)** (2020): Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter. 16. Kinder- und Jugendbericht, Berlin.
- DEUTSCHE VEREINIGUNG FÜR POLITISCHE BILDUNG** (2023): Stellungnahme der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung (DVPB) zum Gesetzentwurf „Zur Stärkung von Maßnahmen zur Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung, Extremismusprävention und politischen Bildung (Demokratiefördergesetz DFördG)“, online unter: <https://dvpb.de/wp-content/uploads/2023/03/Stellungnahme-DVPB-Bundestag-DFoerdG.pdf> (Zugriff: 02.07.2025).
- DÖBELE**, Christop, Engels, Jan Niklas u. a. (2023): Krisenerwachsen. Wie blicken junge Wähler:innen auf Politik, Parteien und Gesellschaft, Bonn, online unter: <https://library.fes.de/pdf-files/a-p-b/20355.pdf> (Zugriff: 02.07.2025).
- GILL**, Thomas, Achour, Sabine (2019): „Liebe Teilnehmende, liebe Gefährderinnen und Gefährder!“ Extremismusprävention als politische Bildung?, in: Journal für politische Bildung, Heft 2/2019, S. 32–36.
- GILL**, Thomas, Stapf-Finé, Heinz, Wallentin, Anette (Hg.) (2025): Handbuch aufsuchende politische Bildung, Frankfurt/M.
- GROß**, Eva, Hövermann, Andreas, Nickel, Amelie (2023): Entsicherte Marktförmigkeit als Treiber eines libertären Autoritarismus, in: Zick/Küpper/Markos (Hg.) 2023, S. 243–258.

- HANNEMANN**, Raiko, Rathke, Nele, Stapf-Finé, Heinz (2023): Ungleiche Teilhabechancen im Spätkapitalismus. Die Bedeutung prekärer Lebenslagen für die Demokratieentwicklung und aufsuchende politische Bildung. Überlegungen empirischer Forschung im Osten Berlins, in: Sabine Achour/Thomas Gill (Hg.), Partizipation und politische Teilhabe mit allen: Auftrag politischer Bildung. Vom Klassenrat zum Zivilen Ungehorsam, Frankfurt/M., S. 231–240.
- HELAL**, Abdelrahman (2022): Rechte Räume? Kartierungen von radikal rechten Rauman eignungen, in: Mullis/Miggelbrink (Hg.), Lokal extrem Rechts. Analysen alltäglicher Vergesellschaftungen, Bielefeld, S. 221–244.
- KIESS**, Johannes, Schmid, Andre (2020): Beteiligung, Solidarität und Anerkennung in der Arbeitswelt: industrial citizenship zur Stärkung der Demokratie, in: Oliver Decker/Elmar Brähler (Hg.), Autoritäre Dynamiken. Neue Radikalität – alte Ressentiments. Leipziger Autoritarismusstudie, Gießen, S. 119–147.
- KÜPPER**, Beate, Sandal-Önal, Elif, Zick, Andreas (2023): Demokratiegefährdende Radikalisierung in der Mitte. In: Zick/Küpper/Markos (Hg.), S. 91–136.
- LEIDINGER**, Christiane/Radvan, Heike (2021): Extrem rechte Studierende. Eine Herausforderung für Hochschulen am Beispiel Sozialer Arbeit, in: Achour/Massing 2012 (Hg.), Rechtsextremismus in Institutionen, POLITIKUM, Heft 4/2021, S. 56–61.
- MAVROUDIS**, Alexander (2023): Mittendrin. Aufwachsen in Armut, in: Zick/Küpper/Markos (Hg.), S. 259–265.
- MOBILE BERATUNG GEGEN RECHTSEXTREMISMUS (MBR)** (2021): Bildungspolitik von Rechtsaußen. Das Berliner Beispiel, in: POLITIKUM, Heft 4/2021, S. 68–72.
- MOKROS**, Nico, Zick, Andreas (2023): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zwischen Krisen- und Konfliktbewältigung, in: Zick/Küpper/Markos (Hg.), S. 149–180.
- NEU**, Claudia, Küpper, Beate, Luhmann, Maike (2023): Extrem einsam? Die demokratische Relevanz von Einsamkeitserfahrungen unter Jugendlichen in Deutschland, Berlin.
- SCHNETZER**, Simon, Hampel, Kilian, Hurrelmann, Klaus (2024): Trendstudie Jugend in Deutschland 2024. Verantwortung für die Zukunft? Ja, aber, Kempten.
- SCHÖNBORN**, Lea (2023): Rechtsextremismus an Schulen. Wenn Nazis auf der Schulbank sitzen, online unter: <https://www.zeit.de/gesellschaft/schule/2023-05/rechtsextremismus-schule-brandenburg> (Zugriff: 02.07.2025).
- VON SCHWANENFLÜGEL**, Larissa (2022): Was bedeutet Partizipation? Politische Bildung und Benachteiligung Jugendlicher, in: Politische Bildung, Heft 2/2022, S. 22–26.
- ZICK**, Andreas, Küpper, Beate, Mokros, Nico (Hg.) (2023): Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21, Bonn.
- ZICK**, Andreas/Mokros, Nico (2023): Rechtsextreme Einstellungen in der Mitte, in: Zick/Küpper/Markos (Hg.), S. 53–90.
- ZICK**, Andreas, Sandal-Önal, Elif (2023): Krisenungewissheit und ihr Zusammenhang zu anti- und prodemokratischen Überzeugungen, in: Zick/Küpper/Markos (Hg.), S. 219–242.



**WOCHEN
SCHAU
VERLAG**

... ein Begriff für politische Bildung

JAHRBUCH DEMOKRATIEPÄDAGOGIK

UND DEMOKRATIEBILDUNG

JAHRBUCH
DEMOKRATIEPÄDAGOGIK
& DEMOKRATIEBILDUNG

Widerstand lernen – Demokratie stärken

Herausgegeben von Christiane Ruberg, Matthias Busch
und Markus Gloe

dehuss
PÄDAGOGIK

2026/27

hrsg. von Christiane Ruberg, Matthias Busch
und Markus Gloe

Reihe „Jahrbuch Demokratiepädagogik
und Demokratiebildung“

ISBN 978-3-95414-231-6, 240 S., € 28,00

PDF: ISBN 978-3-95414-232-3, € 27,99

Widerstand lernen – Demokratie stärken

Wie viel Widerstand braucht die Demokratie und welche Formen des Widerstands stärken sie? Der aktuelle Band widmet sich der Frage, wie Demokratiepädagogik und Demokratiebildung auf gesellschaftliche Krisen, autoritäre Tendenzen und Ungleichheitsverhältnisse reagieren können. Die Beiträge verbinden theoretische Reflexion mit praktischen Impulsen: Sie untersuchen, wie Utopie, Emotion und Diversität demokratisches Lernen inspirieren, wie biografische Zugänge und kreative Lernräume Handlungsfähigkeit fördern und wie Schulen Orte solidarischen, nachhaltigen und diskriminierungskritischen Handelns werden können. Das Jahrbuch lädt dazu ein, Demokratiepädagogik und Demokratiebildung als widerständige Praxen zu begreifen – als Ermutigung, das Undemokratische zu erkennen, das Demokratische zu erweitern und Schule wie Gesellschaft als lernende Räume demokratischer Transformation zu gestalten.

JAHRBUCH
DEMOKRATIEPÄDAGOGIK
& DEMOKRATIEBILDUNG

Krisenmodus verlassen – Transformationen gestalten

Herausgegeben von Christiane Ruberg, Matthias Busch und
Markus Gloe

dehuss
PÄDAGOGIK

2025/26

ISBN 978-3-95414-219-4

JAHRBUCH
DEMOKRATIEPÄDAGOGIK
& DEMOKRATIEBILDUNG

Konflikte Gesellschaft und Politik demokratisch gestalten

Herausgegeben von Wolfgang Bockel und Markus Gloe

dehuss
PÄDAGOGIK

2024/25

ISBN 978-3-95414-211-8

JAHRBUCH
DEMOKRATIEPÄDAGOGIK
& DEMOKRATIEBILDUNG

Ungewissheit als Erfahrung in der Demokratie

Herausgegeben von Barbara Bockel und Christiane Ruberg

dehuss
PÄDAGOGIK

2023/24

ISBN 978-3-95414-203-3

Alle Titel
der Reihe im
Webshop –
auch als PDF.



www.wochenschau-verlag.de

Autor*innen

DR. SABINE ACHOUR, Professorin für Politische Bildung und Politikdidaktik am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin, Landesvorsitzende der DVPB Berlin, Mitherausgeberin der Zeitschriften POLITIKUM und der „Wochenschau für den Politikunterricht“, aktuelle Arbeitsschwerpunkte: Rechtsextremismus, Antisemitismus, soziale Ungleichheit, Religion und Migration in der politischen Bildung, Kontakt: achour@zedat.fu-berlin.de

DR. INGOLFUR BLÜHDORN, Professor für Soziale Nachhaltigkeit, Leiter des Instituts für Gesellschaftswandel und Nachhaltigkeit (IGN) an der Wirtschaftsuniversität Wien. Arbeitsschwerpunkte: Theorie moderner Gesellschaften, politische Soziologie, Demokratietheorie, Umweltsoziologie, Kontakt: ingolfur.bluehdorn@wu.ac.at

DR. OLIVER EMDE, Studienleiter für Politische Jugendbildung und Pädagogik an der Evangelischen Akademie Hofgeismar und assoziierter Wissenschaftler am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität Kassel. Arbeitsschwerpunkte: Politisches Lernen in außerschulischen Lernarrangements, Bildung in/ durch Soziale Bewegungen und kreative Sachen machen. Kontakt: oliver.emde@ekkw.de

DR. DOMINIK FELDMANN, Politikwissenschaftler, Lehrkraft für besondere Aufgaben in der Didaktik der Sozialwissenschaften an der Justus-Liebig-Universität Gießen, aktuelle Arbeitsschwerpunkte: Demokratiebildung in der Musikpädagogik, Kritik der Extremismusprävention, Berufsverbote im Lehramt, politische Bildung, Kontakt: dominik.feldmann@sowi.uni-giessen.de

DR. GUDRUN HEINRICH, Leiterin der Arbeitsstelle Politische Bildung und Demokratiepädagogik an der Universität Rostock, Mitglied im Bundesvorstand der DVPB, Mitglied in der Redaktion POLIS, Arbeitsschwerpunkte: Politische Bildung, Rechtsextremismus; Prävention, Kontakt: gudrun.heinrich@uni-rostock.de

DR. GEORG LAUSS, Hochschulprofessor für Politikwissenschaft mit Schwerpunkt Demokratiebildung und Partizipation an der Pädagogischen Hochschule Wien. Derzeitige Forschungsschwerpunkte: Didaktik der Politischen Bildung, Civic Education in MINT-Fächern, historisch-politisches Lernen und

Menschenrechtsbildung, Leiter des Videographischen Archivs für Urban Diversity Education (VA:UDE), Kontakt: georg.lauss@phwien.ac.at

BRIAN MIEHLE, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl Politische Bildung und Didaktik der Sozialwissenschaften an der Universität Augsburg. Arbeitsschwerpunkte: Rolle der politischen Bildung in Krisenzeiten, Neutralitätsdiskurse und deren Subjektivierung durch Lehrkräfte Kontakt: brian.miehle@uni-a.de

DR. PHILIPP MITTNIK, Professor für Geschichts- und Politikdidaktik an der Pädagogischen Hochschule Wien, Leiter des dort angesiedelten Arbeitsbereichs Politische Bildung, Obmann der Interessengemeinschaft Politischer Bildung (Österreich), Mitglied der Lehrplan-Kommission Geschichte und Politische Bildung (SEK I), Schulbuchgutachter für das österreichische Bildungsministerium, aktuelle Arbeitsschwerpunkte: Lernen über Nationalsozialismus, Umgang mit Antisemitismus und Rechtsextremismus, Kontakt: philipp.mittnik@phwien.ac.at

DR. CHRISTIAN MÜHLEIS, Akademischer Oberrat der Abteilung Politikwissenschaft an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg, Kontakt: muehleis@ph-heidelberg.de

DR. SASCHA REGIER, Soziologe, Lehrer am Heinrich-Mann-Gymnasium Köln, aktiv im Referat gewerkschaftliche Bildung GEW-NRW, Teamer bei ver.di., Kontakt: sascharegier@posteo.de

KONSTANTIN ROSENBERGER, Politikwissenschaftler, Lehrer und Fachseminarleiter in Berlin, Kontakt: k.rosenberger@posteo.de

DR. ANDREA SZUKALA, Professorin für Politische Bildung an der Universität Augsburg, Stv. Bundesvorsitzende der DVPB, Schwerpunkte: Governance politischer Bildung im internationalen Vergleich, Citizenship in der politischen Bildung, Forschendes Lernen und Digitalisierung, Kontakt: andrea.szukala@phil.uni-augsburg.de

BENEDIKT WIDMAIER M. A., Politikwissenschaftler, Landesvorsitzender der DVPB Hessen, Mitglied im Bundesvorstand der DVPB, Lehrbeauftragter an der PH Heidelberg, Redakteur beim „Journal für politische Bildung“, Mitherausgeber der Schriftenreihe „Non-formale politische Bildung“ im Wochenschau

Verlag, aktuelle Arbeitsschwerpunkte: Demokratietheorie, Neutralitätsgebot, Politische Bildung, Kontakt: benedikt.widmaier@t-online.de

DR. ALEXANDER WOHNIG, Professor für Didaktik der Sozialwissenschaften an der Universität Siegen, Bundesvorsitzender der DVPB, aktuelle Arbeitsschwerpunkte: Das Verhältnis von Demokratiebildung und politischer Bildung, Anrufungen politischer Bildung, Profession politische Bildung, Kontakt: alexander.wohnig@uni-siegen.de

NILS ZENKER, Mitarbeiter an der Arbeitsstelle für politische Bildung und Demokratiepädagogik an der Universität Rostock, aktuelle Arbeitsschwerpunkte: Demokratiebildung, politische Bildung, Umgang mit antidemokratischen Positionen und Verhaltensweisen, Kontakt: nils.zenker@uni-rostock.de

NILS ZIMMER, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Professur für Erziehungs- und Sozialisationstheorie sowie Lehrbeauftragter an der Universität Potsdam, aktuelle Arbeitsschwerpunkte: Jugendforschung, kulturelle Bildung, Rechtsextremismus, Stadt- und Migrationsforschung, Kontakt: nils.zimmer@uni-potsdam.de

In Krisenzeiten erhält die politische Bildung gerne die Aufgaben der Feuerwehr: Sie soll das Klima retten, den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken und zur Rettung der Demokratie autoritären Entwicklungen entgegenwirken. Verbände wie die Deutsche Vereinigung für politische Bildung (DVPB) stellt das vor die Herausforderung, ihr eigenes Profil zu nachjustieren und gleichzeitig zu bewahren. Die Beiträge dieses Bandes gehen auf eine Herbsttagung der DVPB zurück, die sich mit diesen Erwartungen an politische Bildung auseinandersetzte. Sie diskutieren politische und staatliche Anrufungen, reflektieren unterschiedliche Positionen und fragen nach den Möglichkeiten und Grenzen politischer Bildung in Zeiten vielfältiger gesellschaftlicher Umbrüche.

Die Herausgeber*innen

Benedikt Widmaier ist Politikwissenschaftler, Landesvorsitzender der DVPB Hessen, Mitglied im Bundesvorstand der DVPB und Lehrbeauftragter an der PH Heidelberg.

Dr. Oliver Emde ist Studienleiter für Politische Jugendbildung an der Ev. Akademie Hofgeismar und assoziierter Wissenschaftler am Fachgebiet Didaktik der politischen Bildung der Universität Kassel.

Dr. Andrea Szukala ist Professorin für Politische Bildung an der Universität Augsburg und stellvertretende Bundesvorsitzende der DVPB.

Dr. Alexander Wohnig ist Professor für Didaktik der Sozialwissenschaften an der Universität Siegen und Bundesvorsitzender der DVPB.

ISBN 978-3-7344-1805-1



**WOCHEN
SCHAU**
WISSENSCHAFT

© Wochenschau Verlag, Frankfurt/M.